



Klimaschutz braucht echte Vorreiter

Deutschland ist leider keiner

In diesem Jahr muss bei den Klimaverhandlungen im südafrikanischen Durban endlich ein Durchbruch für den Klimaschutz erreicht werden. Die Ergebnisse der Verhandlungen im mexikanischen Cancun

endlich dazu bekennt, die weltweite Klimaerwärmung auf 2 Grad zu begrenzen. Aber: Der Klimawandel und seine Auswirkungen sind bereits jetzt in vielen Regionen der Welt Realität und werden weiter an Dra-



Mit 1000 schmelzenden Eisfiguren machte der WWF in Cancun auf die Bedrohung durch den Klimawandel aufmerksam. Das Bild wurde von obs zum PR-Foto des Jahres gekürt.

Foto: WWF World Wide Fund For Nature

im Dezember letzten Jahres haben nicht wirklich weitergeholfen, denn verbindliche Maßnahmen für mehr Klimaschutz wurden nicht vereinbart. Natürlich ist es gut, dass sich die internationale Staatengemeinschaft

matik zunehmen. Denn der Klimawandel findet statt. Ein kalter Winter mit viel Schnee in Mitteleuropa darf darüber nicht hinwegtäuschen. 2010 war weltweit gesehen bei den bodennahen Lufttempe-

56 / April 2011

Liebe Leserinnen und Leser,

als wir diese Ausgabe des Umweltmagazins geplant haben, da war Fukushima noch niemandem ein Begriff. Jetzt aber ist die Welt entsetzt über die „Restrisiken“ der Atomenergie.

Die Artikel in diesem Magazin betrachten die Frage nach zukunftsfähiger Energieerzeugung und -nutzung aus unterschiedlichen Perspektiven.

Dabei schwingt stets die Frage des Jahresthemas der Umwelt- und Klimaarbeit mit, wie Stadt und Land lebenswert und zukunftsfähig bleiben.

Fukushima mahnt uns zur Umkehr. Lassen Sie uns die Wege zu einer lebenswerten Zukunft nun mutig beschreiten.

Gute Lektüre

Ihr

Wolfgang Schürger
Wolfgang Schürger

Aus dem Inhalt:

Über den Tag hinaus	S. 3
Evangelische Stimmen zur Atomdebatte.....	S. 4
Ökostrom zu Dumpingpreisen?	S. 6
Ländliche und städtische Räume des Zukunft	S. 7
Die Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Energiegenossenschaften	S. 9
China aus der Perspektive von Förstern.....	S.10
Das Immobiliensicherungsprojekt	S.11
Neues von der Umweltstiftung	S.12
Neues vom Grünen Gockel	S.13
Portrait Karlheinz Ursprung.....	S.14
Meldungen aus der Umweltszene	S.15
Das Schwarze Brett	S.16

raturen eines der wärmsten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen. Mit den verheerenden Waldbränden in Russland und den katastrophalen Überschwemmungen in Pakistan haben wir im letzten Jahr Klimakatastrophen erlebt, wie sie uns bei einer ungebremsten Erderwärmung noch häufiger treffen werden. Doch was wir derzeit erleben, passiert nach nur 0,8 Grad globaler Erwärmung. Wenn wir schnell und entschieden handeln, können wir die globale Erwärmung noch immer auf insgesamt 2 Grad oder weniger begrenzen. Selbst eine Erwärmung in dieser Größenordnung würde aber enorme Anstrengungen erfordern, um sich an Wetterextreme und den Anstieg des Meeresspiegels anzupassen. Einige werden das nicht können. Deshalb fordern viele Insel-Staaten zu Recht eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad.

Der „Erfolg“ von Cancun: Wenigstens geht es weiter

Wir müssen also gewaltige Anstrengungen unternehmen, um zumindest das Schlimmste zu verhindern. Vor diesem Hintergrund muss in Durban ein großer Schritt gelingen. Zwar haben sich die Staaten in Cancun auf ein Ziel geeinigt, aber mit den CO₂-Reduktionsverpflichtungen der anwesenden Staaten wird sich die Erde um mindestens 4 Grad aufheizen. Die realen Ergebnisse von Cancun führen also

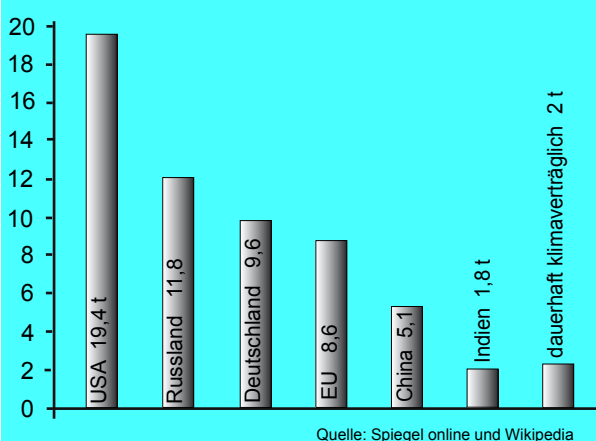
wenn weiter Klima-Mikado gespielt wird und jeder auf den anderen wartet. Ohne Staaten, die voran gehen, wird es nicht funktionieren können. Deshalb war es besonders enttäuschend in Cancun zu erleben, wie wenig Deutschland und die EU diese Rolle ausgefüllt haben. Die EU war nicht bereit, ihr Klimaschutzziel für das Jahr 2020 von minus 20 auf minus 30 Prozent zu erhöhen. Vor dem Hintergrund, dass die EU bereits jetzt bei minus 17 Prozent angelangt ist, ist diese Haltung absolut unverständlich.

Aber es geht nicht nur um ambitionierte Klimaschutzziele. Es geht vor allem darum, dass Industrieländer wie Deutschland, die einen wesentlichen Teil zum Klimawandel beigetragen haben, endlich ernsthaften Klimaschutz betreiben. Nach wie vor liegt Deutschland mit einem CO₂-Ausstoß von etwa 10 Tonnen pro Jahr und Einwohner deutlich vor Schwellenländern wie China und Indien und um Welten vor den Ländern, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind. Deshalb brauchen wir dringende Maßnahmen, die es ermöglichen die Ziele von 80 bis 95 Prozent CO₂-Reduktion bis zum Jahr 2050 auch wirklich zu realisieren. Da fehlt es in Deutschland.

Die Bundesregierung beschließt nur Ziele, fast keine Maßnahmen

Zwar hat die Bundesregierung im letzten Jahr ihr angeblich revolutionäres

Durchschnittlicher CO₂-Ausstoß pro Kopf und Jahr im Jahr 2008 in Tonnen



geradewegs in die Klimakatastrophe. Der Erfolg von Cancun ist deshalb vor allem ein formaler: die UN-Klimaverhandlungen gehen weiter und vom Verfahren her ist ein erfolgreiches Klimaschutzabkommen im Dezember im südafrikanischen Durban weiter möglich. Allerdings bräuchte es dazu inhaltlich einen sehr großen Sprung nach vorn. Den wird es nicht geben,

wie der Energieverbrauch auch im Gebäudebestand drastisch gesenkt werden kann.

Im Bereich Stromeffizienz hat der BUND im letzten Jahr aufgezeigt, was möglich wäre. Allein durch die Umsetzung von heute schon wirtschaftlichen Maßnahmen ließen sich bis 2020 sechs Großkraftwerke einsparen. Aber auch in diesem Bereich

Energiekonzept beschlossen, aber hier finden sich wieder nur Ziele und fast keine Maßnahmen. Im Zentrum stehen die längeren AKW - Laufzeiten. Diese bedrohen die erfolgreichste deutsche Klimaschutzmaßnahme, das Erneuerbare Energien Gesetz.

Gerade im wichtigen Bereich Energieeffizienz erlaubt sich die deutsche Bundesregierung fast völlige Untätigkeit. Im Bereich Gebäudeeffizienz gibt es keinen Ansatz,

Das aktuelle Umweltlexikon

Halbwertszeiten

Radioaktive Atome sind instabil. Sie zerfallen. In welcher Zeit dies geschieht, lässt sich für ein einzelnes Atom nicht sagen. Für eine große Menge von Atomen, wie sie zum Beispiel in Kernbrennstäben vorkommen, lassen sich aber Verfallsberechnungen anstellen. Die Halbwertszeit benennt hier dann den Zeitpunkt, zu dem die Hälfte der Atome zerfallen sein werden.

Das in Fukushima I zunächst vor allem freigesetzte Jod 131 hat eine Halbwertszeit von nur 8 Tagen. Anders sieht das schon bei Caesium 137 aus, das zum Teil in Lebensmitteln aus der Region nachgewiesen wird: hier sind es 30 Jahre. Kein Wunder, dass auch Pilze aus dem Bayerischen Wald immer noch durch den Unfall von Tschernobyl belastet sind.

Plutonium 239, das in den MOX-Brennstäben vorkommt und im Boden in der Nähe des Kraftwerks gefunden wurde, hat sogar eine Halbwertszeit von 24.000 Jahre. Und Uran 235, der Grundbestandteil der Brennelemente, 704 Millionen Jahre.

Quelle: www.kernfragen.de

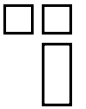
bleibt die Bundesregierung untätig. Der BUND wird in diesem Jahr Druck machen, dass Deutschland nicht mit schönen Worten sondern endlich mit Taten zum Klimaschutzvorreiter wird.

Hubert Weiger

Der Autor:
Prof. Dr. Hubert Weiger
Bauernfeindstraße 23,
90471 Nürnberg
Tel. 0911 / 81878-10,
Fax: 0911 / 869568
hubert.weiger@bund-naturschutz.de



Seit 2002 Vorsitzender des Bundes Naturschutz in Bayern e.V. (BUND Landesverband Bayern); seit 2007 Vorsitzender des „Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland“ (BUND) e.V. Seit 1994 Honorarprofessor an der Universität Kassel für Naturschutz und nachhaltige Landnutzung. Seit 2002 Lehrbeauftragter für Naturschutzpolitik an der TU München.



Solange die Erde steht

„Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht“ (1. Mose 8,22) Elementare Bedrohungsszenarien sind auch im Bewusstsein des antiken Menschen seit alters her tief verankert. Krieg und Naturkatastrophen, aber auch astronomische Phänomene wie eine totale Sonnenfinsternis, die wir heute nur noch bestaunen, indes keineswegs fürchten, bestimmen zwar nicht durchgängig den Alltag, verdunkeln aber bisweilen schicksalhaft und einschneidend den Lebenshorizont. Tektonische Verschiebungen sind in Palästina nicht ungewöhnlich, aber in ihren Auswirkungen fürchterlich, und so kleidet der Prophet Amos die Ankündigung des Gottesgerichts über Israel in das Bild eines Erdbebens: „Siehe, ich will's unter euch schwanken machen, wie ein Wagen voll Garben schwankt“ (Am 2,13). Wenn der Boden ohne Vorwarnung wegrutscht, ist der Mensch zur Passivität verurteilt.

Die Verschiebung der Kontinentalplatten wird er nicht in den Griff bekommen. Anders gelagert ist natürlich der Kriegsfall. Kriege werden von Menschen angezettelt und geführt. Aber auch sie entfalten bereits in der Antike, jenseits von neuzeitlichen „Stahlgewittern“, eine unkontrollierbare, unentrinnliche, ja geradezu numinose Wucht. Sie trägt nicht nur unmenschliche, sondern auch übermenschliche Züge: „Der den Kriegen steuert in aller Welt, der Bogen zerbricht, Spieße zerschlägt und Wagen mit Feuer verbrennt“ heißt es hymnisch vom

Gott Israels in Ps 46,10. Wenn das faktisch Undurchschaubare in einen größeren Sinnhorizont eingezeichnet wird, spricht man heute gerne von „Kontingenzbewältigung“. Es wird damit verobjektiviert und gedeutet. Und dementsprechend bekennen die Beter in Psalm 46,2-3: „Gott ist unsre Zuversicht und Stärke, eine Hilfe in den großen Nöten, die uns getroffen haben. Darum fürchten wir uns nicht, wengleich die Welt unterginge und die Berge mitten ins Meer sänken.“

Darstellung und Deutung im Lichte der

Gottesvorstellung ist etwas anderes als Verdrängung, Verharmlosung oder nur die Projektion humaner Schlaraffenlandphantasien: Das Unentrinnlich-Geheimnisvolle wird so einer vertieften Reflexion zugänglich – einerlei, ob es sich um natürliche oder um zivilisatorische Schicksalsschläge handelt; da unterscheiden die Alten nicht sonderlich trennscharf.

Die poetisch kraftvoll-erhabene Zusicherung der Stabilität weltlicher Ordnungsstrukturen in 1. Mose 8,22, die den Titel dieses Beitrags abgibt, ist das Ergebnis solch vertieften Nachdenkens. Sie steht bekanntlich am Ende der alttestamentlichen Sintflutzerzählung (1. Mose 6-9), in der sich verschiedene Katastrophenerfahrungen und Befürchtungen zu einer Urkatastrophe verdichten.

Der prinzipielle Charakter der Sintflutzerzählung wird schon daran deutlich, dass sie sich direkt auf die Schöpfung von Welt und Mensch bezieht (1. Mose 1-3). Man hat hier geradezu von „Mythos und Antimythos“ gesprochen, von ur-

Epos der Auslöser: „Eine Flut zu machen, kam den Göttern in den Sinn“. Indes, die Götter liegen bei der Folgenkalkulation gründlich daneben. Zum einen haben sie die Massivität der von ihnen ausgelösten Naturumwälzung unterschätzt, so dass sie vor den entfesselten Elementen selber flüchten müssen. Zum anderen sind sie auf den Menschen angewiesen. Denn da auch die Tempel in den Wassermassen versinken und mit ihnen der Opferkult, bricht unter den Göttern eine Hungersnot aus. Es nimmt nicht wunder, dass es bei dieser einen Flut sein Bewenden haben soll – die Götter haben ihre Lektion nachhaltig gelernt.

Anders das Alte Testament. Im Lichte des ethischen Monotheismus wird hier die alte Sintfluttradition grundlegend, d.h. nach moralischen Kriterien transformiert und korrigiert. Es ist der durch und durch sündhafte Mensch, der der Anlass zum Strafgericht ist: „Als aber der HERR sah, dass der Menschen Bosheit groß war auf Erden, da reute es ihn, dass er die Menschen gemacht hatte auf Erden“ (1. Mose 6,5-6).

Allerdings macht auch hier Gott einen Lernprozess durch, denn er stellt letztendlich fest, dass seine Strafflut mit der Tötung aller Lebewesen, also nicht nur der Menschen, über das Ziel hinausgeschossen ist: „Ich will hinfort nicht mehr die Erde verfluchen *um der Menschen willen*; denn das Dichten und Trachten des *menschlichen* Herzens ist böse von Jugend auf. Und ich will hinfort nicht mehr schlagen alles, was da lebt, wie ich getan habe“ (1. Mose 8,21).

Deswegen garantiert er unverbrüchlich die basa-

len Lebensbedingungen: Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht. Schlussendlich eine tröstliche Zusage – aber keine, die den seiner Kreatürlichkeit bewussten homo sapiens sapiens von der Verantwortung für seinen Lebensraum entbindet.

Martin Arneth



Gottes Bund mit Noah: Der Regenbogen

Foto: Andreas Trapp - pixelio

geschichtlicher Grundordnung und basaler Gefährdung.

Entstanden ist die Erzählung nicht erst in Israel, sondern bereits lange zuvor in Mesopotamien, dem heutigen Irak. Das akkadische Gilgamesch-Epos berichtet – in vielen Details übereinstimmend – ebenso von einer alle Lebensformen bedrohenden Überschwemmung.

Trotz dieser Parallelen unterscheiden sich die Sintfluttraditionen fundamental, wenn es um die Deutung der Großkatastrophe geht. Götterwillkür ist im Gilgamesch-

PD Dr. Martin Arneth ist Leiter der Geschäftsstelle der Abteilung für Alttestamentliche Theologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Verantwortung übernehmen für kommende Generationen

Evangelische Kirchen in Deutschland beziehen Stellung zur Atomdebatte

Er war ein Top-Thema der deutschen Innenpolitik des Jahres 2010 und er ist es bis heute, der so genannte „Ausstieg aus dem Ausstieg“. Genauer gesagt: die Ausweitung der Betriebszeiten der deutschen Atomkraftwerke. „Wir dürfen unseren Kindern und den nachfolgenden Generationen keine Lasten aufbürden, von denen wir nicht wissen, ob sie sie tragen können“, kritisierte Dorothea Deneke-Stoll im September 2010 diese Entscheidung der Bundesregierung. Damit liegt die Präsidentin der bayerischen Landessynode voll im Trend. Denn zahlreiche evangelische Kirchenleitungen in ganz Deutschland haben sich mit dem Thema auseinandergesetzt und Erklärungen veröffentlicht, in denen sie sich entschieden für eine klimafreundliche Energiepolitik ohne Atomstrom einsetzen.



D. Deneke -Stoll

Bei der Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW) stand die Atomenergie seit 1986 bereits viermal auf der Tagesordnung. Anlässlich des 20. Jahrestages der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl veröffentlichte die Kirchenleitung am 16.3.2006 folgende Stellungnahme: „Als Christinnen und Christen glauben wir, dass Gott die Welt erschaffen hat und erhält. Gott hat uns sein Schöpfungswerk anvertraut, dass wir es bebauen und bewahren. Als seine Ebenbilder stehen wir in der besonderen Verantwortung, sozial gerecht, schöpfungsverträglich, Frieden schaffend und auf die Lebensrechte zukünftiger Generationen bedacht, zu handeln. Dieser Verantwortung vor Gott und für Mensch und Natur können wir nur gerecht werden, wenn wir auf Techniken verzichten, deren Anwendung durch menschliches Versagen und Missbrauch zu unüberschaubaren und irreversiblen Folgeschäden führen oder nachfolgende Generationen gefährden. Angesichts der unabsehbaren Risiken fordern wir die Bundesregierung auf, umgehend aus der nichtbeherrschbaren Kernenergie

auszusteigen, zumindest jedoch am Atomkonsens aus dem Jahre 2000 und an den Laufzeitregelungen des Atomgesetzes von 2002 festzuhalten. ... Die Entsorgung auf nachfolgende Generationen zu verschieben, ist, wie die risikoreiche Verlängerung der Kraftwerkslaufzeiten, ethisch nicht zu vertreten.“

„Eine Kirche, die aus lauter Angst, nur ja nicht in den Schein zu kommen, Partei zu ergreifen, nie und nimmer Partei zu sein sich getraut, sehe wohl zu, ob sie sich nicht notwendig kompromittiere: mit dem Teufel nämlich, der keinen liebener Bundesgenossen kennt als eine um ihren guten Ruf und sauberen Mantel besorgte ewig schweigende, ewig meditierende, ewig neutrale Kirche: eine Kirche, die allzu bekümmert um die doch wirklich nicht so leicht zu bedrohende Transzendenz des Reiches Gottes - zum stummen Hunde geworden ist.“

Karl Barth

Grenzen unserer Möglichkeiten achten

Ähnlich deutliche Worte fand auch die Leitung der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. „Der Mensch hat den Auftrag, die Erde zu hüten und zu bewahren. Er darf sich nicht zum Despoten über die



Ilse Junkermann

Natur aufschwingen, sondern muss die Grenzen seiner Möglichkeiten achten.

Dabei steht unsere heutige Generation in der Verantwortung für die nach uns Lebenden.“ Landesbischofin Ilse Junkermann und der Bischofskonvent ihrer Landeskirche äußern in ihrer Stellungnahme vom 16.9.2010 ihr Unverständnis darüber, dass der Atomkonsens verlassen wurde. „Angesichts der Tragweite dieses Regierungsbeschlusses ... vermissen wir vor allem Nachvollziehbarkeit und Transparenz. Wir befürchten, dass mit dem Abgehen vom vereinbarten Atomausstieg für 2025 auch ein gesell-

schaftlicher Konsens gefährdet ist, der dem Frieden in unserem Lande diene.“

In der Hannoverschen Landeskirche hat die Debatte um den Atomausstieg eine besondere Brisanz: Das in Gorleben geplante Atom-müllendlager befindet sich quasi vor der Kirchentür von Hans-Hermann Jantzen, dem Landessuperintendenten bzw. Regionalbischof für den Sprengel Lüneburg. Jantzen, der nach dem Rücktritt von Margot Käßmann kommissarisch die Leitung der Landeskirche innehatte, äußerte sich bei einer Demonstration am 23.4.2010 in Lüneburg so: „Die Kernenergie ist für uns kein gangbarer Weg. Wir halten diese Technologie für nicht beherrschbar. Sie ist im tiefsten Grunde menschenverachtend und gottlos. Die unvorstellbar langen Zeiträume, über die der hochgiftige Müll gelagert und bewacht werden muss, sind dem Menschen nicht angemessen. Es ist unverantwortlich, den nachfolgenden Generationen für Jahrtausende diese Last aufzubürden.“



Hans-Hermann-Jantzen

besondere Brisanz: Das in Gorleben geplante Atom-müllendlager befindet sich quasi vor der Kirchentür von Hans-Hermann Jantzen, dem Landessuperintendenten bzw. Regionalbischof für den Sprengel

Mit dem Evangelium die Welt gestalten

Auch die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR) bezeichnete die Laufzeitverlängerung im Januar 2011 als „unverantwortlich gegenüber den kommenden Generationen“. Bei ihrer Tagung in Bad Neuenahr unterstrich der rheinische Präses Nikolaus Schneider die theologische Erkenntnis, dass das Evangelium die Welt gestalten wolle. Deshalb seien kirchliche Stellungnahmen zu politischen Fragen sinnvoll. Schneider, der gleichzeitig auch EKD-Ratsvorsitzender ist, mahnte, dass bei allen Planungen und Entscheidungen „das Gemeinwohl genauso zu achten ist wie berechnete Renditeinteressen der Unternehmen.“ Bei den Synodalen der EKD wird er mit diesen Äußerungen sicherlich Zustimmung



Nikolaus Schneider

Die Risiken zu gering eingeschätzt

Landesbischof Johannes Friedrich zu der Reaktorkatastrophe in Japan

Am 16. März, wenige Tage nach der Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima, hat sich Landesbischof Friedrich mit einem Brief an die Gemeindeglieder in Bayern gewandt, der sich seelsorgerlich, aber auch politisch mit den Ereignissen auseinandersetzt.



Landesbischof Dr. Johannes Friedrich

Liebe Schwestern und Brüder, die Ereignisse der vergangenen Tage bedrücken mich und lassen mich hilflos und zunächst sprachlos zurück, Wie konnte das geschehen? Und es stellt sich die Frage: Hat die von Menschen gemachte Technik das Risiko offensichtlich unterschätzt? Ich war bisher kein ausgesprochener Atomkraftgegner. Ich habe die Risiken gesehen, besonders das Problem der Entsorgung auf

Jahrhunderte hinaus. Aber ich hatte auch die Probleme gesehen, die sich stellen, wenn wir keine Atomkraft nutzen: die Ölvorräte gehen zu Ende; die Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen zur Energienutzung birgt in sich die Gefahr des Abrennes von Regenwäldern; Nahrungsmittel werden teurer; ein vermehrter CO₂-Ausstoß wird kaum zu verhindern sein. So habe ich - wie wohl viel - die Risiken zu gering eingeschätzt. Jetzt wird es mir sehr deutlich: Risiken dieser Art sind nicht akzeptabel. Wir sind verantwortlich auch für die Folgen, die nur eine geringe Eintrittswahrscheinlichkeit haben. Es kann auch bei uns mehr passieren als wir uns vorstellen können.

Ich habe Vertrauen in die deutschen Ingenieure, Techniker und politisch Verantwortlichen, die über unsere Sicherheit wachen. Zugleich weiß ich aber auch, dass es immer ein Restrisiko gibt. Und gegenwärtig frage ich mich: Können wir dieses Restrisiko tragen? Meines Wissens wird die radioaktive Strahlung, die über das Wetter auch Deutschland erreichen könnte, nicht unsere Gesundheit betreffen. Aber die Angst vor einem ähnlichen GAU in Deutschland ist jetzt natürlich angesichts der zerstörerischen Bilder in Japan auch bei uns da. Wer Angst hat, dem hilft nur Vertrauen: Vertrauen in die Sorgfalt und Verantwortlichkeit unserer Sicherheitsbehörden und unsere Techniker, aber auch Vertrauen in unsere Debattenkultur: Wenn wir jetzt kritisch fragen, ob wir den Atomausstieg

nicht schneller auf den Weg bringen müssen, dann ist dies in höchstem Maße vernünftig und notwendig.

Vor allem aber dürfen wir Gottvertrauen haben, Gott sei Dank. Das Leben ist ja voller Risiken: noch heute kann ich bei einem Autounfall sterben oder morgen kann eine Krebskrankheit bei mir entdeckt werden. Ich kann dennoch ruhig und vertrauensvoll leben, weil ich weiß, mein Leben ist in Gottes Hand. „Du kannst nicht tiefer fallen als nur in Gottes Hand“, wie es Arno Pötzsch 1941 formuliert hat. Darum kann ich trotz aller Risiken vertrauensvoll, in gewisser Weise auch ohne Sorgen und fröhlich leben, weil ich weiß: „Ob ich schon wanderte im finstern Tal, du Gott bist bei mir“ (Psalm 23).

Diese Zuversicht lässt mich nun aber nicht passiv bleiben - ganz im Gegenteil: Sie gibt mir Kraft, aktiv alles zu tun, um Risiken bei der Energieversorgung zu minimieren, um Energie zu sparen, um mich dafür einzusetzen, dass die Ernährung der Weltbevölkerung gelingt, um den von der Katastrophe Betroffenen zu helfen. Am Anfang aller Hilfe steht das Gebet: die Achtung und die Solidarität für Opfer und Helfer. Das Gebet macht demütig und öffnet so für die Verantwortung.

.....

Gott segne all unser Tun und er behüte uns.

Herzlichst

Ihr

Dr. Johannes Friedrich, Landesbischof

Energieziel 2050

Umweltbundesamt: Vollversorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien ist realistisch

Bis 2050 lässt sich die deutsche Stromversorgung vollständig auf erneuerbare Energien umstellen. Dies ist mit der besten bereits heute am Markt verfügbaren Technik möglich. Voraussetzung ist, dass der Strom sehr effizient genutzt und erzeugt wird. Das zeigt die Studie des Umweltschutzamtes (UBA) „Energieziel 2050: 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen“.

Um dieses Ziel bis 2050 zu erreichen, plädiert das UBA für frühzeitige politische

Weichenstellungen. „Je früher, je entschlossener wir handeln, desto mehr Zeit bleibt uns für die notwendigen technischen und gesellschaftlichen Anpassungen“, sagt Jochen Flasbarth, Präsident des Umweltbundesamts. Außerdem kann Deutschland seine hohe Importabhängigkeit von Primärenergieträgern deutlich reduzieren, wenn der Strom ausschließlich aus erneuerbaren Energien gewonnen wird.

Das Umweltbundesamt untersucht die Umstellung auf 100 Prozent Strom aus er-

Verantwortung übernehmen -
Fortsetzung von Seite 4

finden, denn die haben bei ihrer Herbsttagung im vergangenen November einen Beschluss gegen die Laufzeitverlängerung gefasst. Darin heißt es u.a.: „Die Synode fordert den Rat der EKD auf, die Bundesregierung dringend zu bitten, zu dem im Atomkonsens 2001 vereinbarten Zeitplan zum Ausstieg aus der Kernenergie zurückzukehren.“

Zusammenstellung von Susanne Götte

neuerbaren Energien in drei Grundscenarien. Die jetzt vorgelegte Studie basiert auf dem Szenario „Regionenverbund“. In diesem Szenario nutzen alle Regionen Deutschlands ihre Potentiale für erneuerbare Energien weitgehend aus. Es findet ein deutschlandweiter Stromaustausch statt. Nur zu einem geringen Anteil wird Strom aus Nachbarstaaten importiert. Die dafür nötigen Berechnungen hat das Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) im Auftrag des UBA erstellt. Die Wissenschaftler des IWES haben dieses Szenario für vier Wetterjahre stundengenau modelliert.

„Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Stromversorgung bis 2050 vollständig auf erneuerbaren Energien basieren und die Versorgungssicherheit jederzeit gewährleistet werden kann.“, stellt Jochen Flasbarth fest. Die unterschiedlichen Erzeugungsarten der erneuerbaren Energien, die Speicher und das Lastmanagement sind im Szenario Regionenverbund genau aufeinander abgestimmt. Dadurch können Fluktuationen, die bei erneuerbaren Energien auftreten, jederzeit sicher ausgeglichen werden.

Um die Stromversorgung umzugestalten, ist es notwendig, die erneuerbaren Energien, die Netze und die Speichersysteme deutlich auszubauen. Ein Ausbau der konventionellen Kraftwerke ist dagegen laut der Studie nicht nötig, um die Versorgungssicherheit bis 2020 zu gewährleisten – selbst dann nicht, wenn das rot-grüne Szenarium zum Atomausstieg beibehalten wird. Allerdings: Alle Möglichkeiten, Strom einzusparen, müssen konsequent ausgeschöpft werden. UBA/ws

Ökostrom zum Dumpingpreis?

Haben Sie auch Post von Ihrem Stromanbieter bekommen? Ich zahle jetzt fast 0,80 € zusätzlich im Monat. Bei anderen erhöht sich die Rechnung sogar um bis zu 12 € monatlich: mehr als ich insgesamt zahle! Offizielle Begründung: „überhöhte Einspeisevergütungen für Ökostrom“. Ich staune, denn ich beziehe 100 Prozent erstklassig zertifiziertes Ökostrom. Zahle ich einen Dumpingpreis?

Der lokale Stromanbieter würde so gern mit mir das Klima schützen: Mit 25 Prozent Beteiligung am AKW Isar I bietet er mir seinen eigenen „Öko-Stromtarif“ an. Knapp 10 € mehr als bei meinem Anbieter dürfte ich dafür monatlich zahlen – wohl eine Art Solidaritätsbeitrag? Jetzt noch das erzwungene Moratorium wegen eines GAU im fernen Japan: Sein AKW steht nun drei Monate lang still. Wenn es dann nicht mehr angeschaltet werden darf, entgehen dem Anbieter acht Jahre fest eingeplante Zusatzerträge! Dazu kommen völlig überraschende Kosten für einen zehnjährigen Stilllegungsprozess – die Aufbereitung und Langzeitlagerung der abgebrannten Brennelemente nicht gerechnet.

Dezentrale regenerative Stromeinspeiser – besonders Solar- und Windkraftanlagen – schießen gegenwärtig wie Pilze aus dem Boden und leiten ihre schwankenden Strommengen ins Netz. Für die Grundlast gibt es nur noch Biogas-, Geothermie- und Wasserkraftwerke. Politisch erzwungen entstehen dadurch irrwitzige Investitionen für Netzertüchtigung. Bald haben dann die Großkraftwerke ganz ausgedient – Mil-

liarden wären in den Sand gesetzt! Das geht doch nicht ohne die Solidarität der Verbraucher. Sollte ich aus Mitleid zum lokalen Großanbieter wechseln? Immerhin regeln für ihn Gesetze, dass der Staat für die Endlagerung seines radioaktiven Mülls sorgt. Als Steuerzahlerin entgehe ich diesem Solidarbeitrag auch mit meinem Billig-Ökostrom nicht...

Christina Mertens

Ein paar Fakten

17 Prozent unseres Stromes wurden 2010 regenerativ erzeugt. Dennoch wundert sich selbst die nationale Stromaufsichtsbehörde über den jüngst saftigen Anstieg der Strompreise. Denn in den letzten 10 Jahren sind die Preise an der Börse um rund 20 Prozent gefallen, überschüssiger Nachtstrom aus Großkraftwerken erzielte mitunter nur 4 bis 6 Cent pro Kilowattstunde.

Aktuell macht die tatsächliche Ökostrom-Umlage durchschnittlich ca. 0,015 Euro pro Kilowattstunde aus. Das entspricht rund 40 € jährlich bzw. 3,30 € monatlich in einem 4-Personen-Haushalt mit 2.800 kWh Jahresverbrauch. Die eigentliche Ökostrom-Umlage kostet also lediglich 10 € pro Person im Jahr bzw. 0,82 € pro Person im Monat. Stromsparfüchse verbrauchen und zahlen natürlich weniger. Knapp 10.000 Kilowattstunden Verbrauch sind nötig, um auf 140 € Ökostrom-Umlage zu kommen.

Interessanterweise sind darum aber Stromanbieter, die 100 Prozent Ökostrom vertreiben, dank niedriger Grundgebühren oft deutlich kostengünstiger als die lokalen Anbieter von konventionellem Strom, deren „Öko-Tarife“ leider meist nur eine grün gefärbte Mogelpackung bieten. Für Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen hat die Landeskirche einen günstigen Rahmenvertrag mit dem anerkannten Ökostrom-Anbieter Naturstrom geschlossen.

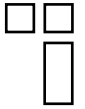
Die Autorin Christina Mertens ist kirchliche Umweltberaterin; ihr Ökostrom-Verbrauch liegt bei 350-380 kWh pro Jahr: „Vermutlich, weil ich so gern koche“, meint sie entschuldigend..



Fukushima mahnt: Alle AKWs abschalten! Bei der Großdemonstration in München am 26. März 2011 auf dem Odeonsplatz sprach mit Wolfgang Schürger erstmalig auch ein offizieller Abgesandter der ELKB. Er schlug auch selbstkritische Töne an: „Machen wir uns nichts vor: immer noch verschwenden wir in Deutschland massenhaft Energie – durch schlecht gedämmte Häuser, durch Standby-Schaltungen unserer Elektrogeräte, durch Energiefresser in Haushalt und Büro. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn wir Energieeffizienz fördern und selber noch energiebewusster leben als heute. Der Weg in die Zukunft der erneuerbaren Energie wird nicht leicht.“

Ländliche und städtische Räume der Zukunft

Wie kann nachhaltige Flächennutzung aussehen?



Der Flächenverbrauch ist in Deutschland aus der Perspektive nachhaltiger Entwicklung zu hoch. Mehr als 100 Hektar werden Tag für Tag neu für Häuserbau, Straßen, Gewerbe etc. verwendet. Das ist weit entfernt von dem seit langem formulierten Ziel der Bundesregierung, die Flächenneuinanspruchnahme bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu begrenzen. Warum ist es so schwierig, sich diesem Ziel des reduzierten Flächenverbrauchs anzunähern?

rinnen und Bürgern in die Entscheidungsprozesse einbeziehen. Die Kommunen müssen sich bewusst mit deren emotional geprägten Wünschen auseinandersetzen – man kann nicht nur auf rationale Entscheidungen und strategisches Handeln setzen.

Dieses ist eine der wesentlichen Erkenntnisse des Forschungsprojekts „Integrierte Transfer-Strategie“ (gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und For-

Hinsicht auf nachhaltiges Handeln spielen. Mehr Informationen über die negativen Folgen des hohen Flächenverbrauchs helfen da wenig weiter.

Der Traum vom freistehenden Einfamilienhaus

Die starke positive emotionale Verbindung mit der Wohnform „freistehendes Einfamilienhaus“ stellt in weiten Teilen der Bevölkerung nach wie vor den domi-



Der Traum vom freistehenden Einfamilienhaus?

Foto: greensfield - pixelio

Ist das alles eine Frage des politischen Willens, der Gesetzgebung und der finanziellen Förderung?

Mit Politik, Gesetzen und Förderstrategien wird man zwar die Bedingungen der Möglichkeit einer nachhaltigen Flächennutzung schaffen können. Allerdings wird sich so lange nichts gravierend an der skizzierten Entwicklung ändern, solange nicht ein mentaler Wandel, das heißt ein Umdenken und eine deutliche Berücksichtigung der unterschiedlichen Wünsche und Erwartungen der Bevölkerung, stattfindet.

Zukunftsfähig sind Kommunen am ehesten dann, wenn sie in ihren Entscheidungsprozessen bezüglich der Flächennutzung nicht nur langfristige Infrastrukturkosten berücksichtigen, sondern auch ihre Bürger-

schaft), das wir zwischen 2008 und 2010 zum Flächenverbrauch in Deutschland durchgeführt haben (vgl. Schröder, Huck & de Haan, im Erscheinen).

In drei zukunftsorientierten Delphi-Studien wurden Expertinnen und Experten sowie kommunalpolitische Entscheidungsträger zu ihren Einschätzungen zur zukünftigen Flächennutzung in Deutschland befragt und zudem die Meinung der Bevölkerung in einer repräsentativen Stichprobe eingeholt.

Wie und wo man wohnt, beeinflusst die Bereitschaft zu nachhaltigem Handeln

Die Studie macht erstens deutlich, dass die emotionale Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Art und Weise, wie und wo man wohnt, einen entscheidenden Einfluss auf die Veränderungsbereitschaft in

nierende Wohnwunsch dar. Sie ist ein wesentlicher Grund dafür, dass es trotz starker Bemühungen aus Politik und Praxis nicht im erhofften Maße zur Annäherung an das o.g. 30-Hektar-Ziel kommt: Das Eigenheim im Grünen geht mit höherem Bedarf an Fläche und oft auch mit deren Neuversiegelung einher. Trotzdem gibt es aus der Perspektive der Wohnwünsche durchaus auch Chancen für weniger extensive Flächennutzung.

Besonders ältere Menschen (aber auch junge Familien) äußern den Wunsch, in städtischen Zentren wohnen zu wollen (vgl. de Haan, Huck & Schröder, 2010). Das hat zu tun mit der Sorge um die ärztliche Versorgung, mit dem Gefühl, in ländlichen Wohnsiedlungen von Kultur und lebendigem Leben abgeschnitten zu sein.

Innenstädte bzw. Ortszentren sind für die Seniorinnen und Senioren sowie für Familien aber nur dann interessant, wenn sie nicht dem Planungsziel der Verdichtung des innerstädtischen Raums unterliegen. Unter dieser Prämisse ziehen sie gerne in die Stadt.

Die dadurch freiwerdenden Häuser in Stadtrandlage oder weiter außerhalb könnten dann wiederum von denen bezogen werden, die sich den nach wie vor stark vorhandenen Wohnwunsch des Hauses im Grünen realisieren möchten.

Kommunen, die sich am Wunsch, zentral zu wohnen orientieren, denen es gelingt, die erwünschte Infrastruktur (von Gesundheitsvorsorge bis zu kulturellem Angebot und Mobilität) problemlos zur Verfügung zu stellen, werden schon bald im Vorteil sein.

Zukunftsfähig planen

Es sind aber nicht nur Emotionen, die entscheidend sind für die Wohnwünsche der Bevölkerung.

Man kann zweitens auch durch Kostenvorteile überzeugen: Der Mobilitätsaufwand vom Haus im Grünen zur Arbeit, in die Einkaufsstadt, zur nächsten Klinik, die Wertentwicklung von Immobilien und Standorten sind auch weiterhin ein beachtetes Argument der Eigenheimbauer. Denn es wird auf Basis der Studienergebnisse auch deutlich, dass es insbesondere die ökonomischen Nachhaltigkeitsargumente sind, die bei Wohnentscheidungen Berücksichtigung finden.

Die Wünsche der Bevölkerung nur zu kennen und in der Planung zu berücksichtigen sowie die Bevölkerung über die tatsächlichen Kosten aufzuklären, reicht freilich für eine zukunftsfähige Planung in Städten und Gemeinden nicht aus. Nicht zuletzt am Beispiel der Proteste gegen „Stuttgart 21“ lässt sich zeigen, dass drittens die Möglichkeit der Teilhabe an den Entscheidungsprozessen immer wichtiger wird. Wünsche und Interessen selbst artikulieren zu können und die Kriterien für Entscheidungen mit anderen gemeinsam auszuformulieren, kennzeichnet zukunftsfähige Handlungsmuster. Partizipation, die Einbindung aller von Veränderung betroffenen Akteursgruppen, ist ein wichtiges Thema für die zukünftige Entwicklung von städtischen und auch ländlichen Räumen. Unsere Studienergebnisse machen zudem deutlich, dass sich nicht nur die Bevölkerung selbst eine stärkere Bürgerbeteiligung bei Flächennutzungsentscheidungen wünscht, sondern auch von den Bürgermeisterinnen und Bür-

germeister in den Kommunen gewünscht wird. Irritierend ist dagegen, dass man es zugleich nicht für sehr wahrscheinlich hält, dass sich eine ausgeprägte Beteiligungskultur in den Kommunen schnell durchsetzt.

Was ist Wohlstand?

Wenn man allerdings die neueren Entwicklungen aufmerksam verfolgt, so wird ein Umdenken nicht nur in Bezug auf die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger kenntlich – dem die Praxis bisher nicht hinreichend folgt. Auch in Bezug auf die Frage, was „Wohlstand“ heißt, lassen sich langsam Veränderungen feststellen. Galt das Bruttoinlandsprodukt lange als einziges

Gerhard de Haan ist Professor am Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie an der Freien Universität Berlin, seit 2004 Vorsitzender des Nationalkomitees der UN-Dekade Deutschland „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Jana Huck, hat Erziehungswissenschaft, Lateinamerikanistik und Soziologie an der FU Berlin und der Universidad de Murcia (ES) studiert. Sie arbeitete von Mai 2007 bis September 2008 als Studentische Hilfskraft am Arbeitsbereich Erziehungswissenschaftliche Zukunftsforschung.

Literatur:

Schröder, T., Huck, J. & Haan, G. de (im Erscheinen). Transfer sozialer Innovationen. Eine zukunftsorientierte Fallstudie zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Haan, G. de; Huck, J. & Schröder, T. (2010): Flächensparen - Was die Bevölkerung darüber denkt. Planerin - Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung, 3/10, 45-46. Mehr unter: www.institutfutur.de.

Maß zur Beschreibung von Wohlstand, so ist dieses nicht zuletzt durch die Diskussion um Nachhaltigkeit in die Kritik geraten.

Neuere Ansätze – und hier schließen sich unsere Erkenntnisse an – schlüsseln Wohlstand auf nach Wohlfahrtsindikatoren (objektive Daten wie Gesundheitsversorgung, Arbeitslosenquote, ÖPNV-Dichte, Kindergartenplätze, etc.) und – was bisher kaum Berücksichtigung findet – dem Wohlbefinden der Einwohner in der Kommune, also die subjektive Perspektive.

Worauf es ankommt, ist es also, den Wohlstand vor Ort zu fördern: Er trägt die Kennzeichen einer möglichst hohen Wohlfahrt, eines möglichst hohen (subjektiven) Wohlbefindens aller Bürgerinnen und Bürger sowie deren Teilhabe an den Entscheidungsprozessen vor Ort – auch und gerade jenseits der Wahlurne.

Die Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Das alles ist nicht allein ein nationales Problem. Dass ein mentaler Wandel die Bedingung für nachhaltige Entwicklungsprozesse ist, zeigt sich nicht zuletzt an der von den Vereinten Nationen für die Zeit von 2005 bis 2014 ausgerufenen Dekade zur *Bildung für nachhaltige Entwicklung*. Eine globale Bildungsoffensive, so die Vereinten Nationen, ist dringend erforderlich, um partizipativ allerorts zukunftsfähige Entwicklungen einzuleiten. Und es verwundert sicherlich nicht, dass in diesem Rahmen in Deutschland für 2011 das Thema „Stadt“ als Schwerpunkt gewählt wurde (vgl. www.bne-portal.de): Wie die Stadt der Zukunft aussieht und wie sich unsere Städte nachhaltig, also gleichzeitig umweltverträglich, gerecht und wirtschaftlich ausgewogen entwickeln können, soll in allen Bildungsbereichen auf die Agenda gesetzt werden.

Gerhard de Haan / Jana Huck

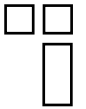
Neue Antworten auf alte Fragen

Hans-Peter Dürr: Warum es ums Ganze geht. Neues Denken für eine Welt im Umbruch. oekom verlag München, oekom verlag 2008, 19,90 Euro.

Er gilt als einer der bedeutendsten Querdenker unserer Zeit: Der Physiker Hans-Peter Dürr. Den 81-Jährigen, mit dem Alternativen Nobelpreis geehrten ehemaligen Leiter des Max-Planck-Instituts für Physik in München interessieren aber nicht mehr physikalische Details. In seinem neuesten Buch geht es um die Gesamtschau seines Denkens, das von den zahlreichen Krisen auf dem Globus herausgefordert ist. „Wir kleben immer noch an der Illusion, dass es mit List und Tücke gelingen kann, die Welt in den Griff zu bekommen.“ Aber dieser Weg führt fatal in die Irre. Dürrs Alternative heißt „Teilhabe statt Beherrschung“. Es wird Zeit, das wir unseren Platz im Ganzen der Natur neu definieren und uns endlich als „Teil eines Gesamtprozesses verstehen und so die vielfältigen Möglichkeiten entdecken, im Einklang mit der Natur zu leben.“ Das Buch bewegt sich aber nicht in der dünnen Luft der Abstraktion, sondern erzählt auch sehr spannend aus Dürrs Leben.

Für den Kindergarten oder die Orgel

Die Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Energiegenossenschaften



Im ganzen Land gibt es immer wieder Widerstand gegen neue Photovoltaik- oder Windkraftanlagen. Wirklich im ganzen Land? Nein, die Region um Bad Neustadt an der Saale mutet an wie das Dorf von Asterix und Obelix: hier sind die Bürgerinnen und Bürger begeistert dabei, die erneuerbaren Energien auszubauen.

Das Geheimnis ist jedoch kein Zaubertrank, sondern eine alte Überzeugung von Friedrich-Wilhelm Raiffeisen (1818-1888),

Region ihr Geld nachhaltig für die Region anlegen? Wie kommen all' die unterschiedlichen Interessen zusammen? Die Antwort lag auf der Hand: in einer Bürger-Energie-Genossenschaft.

Menschen aus der Region engagieren sich dort für eine nachhaltige Energieerzeugung in der Region. Zwölf eigenständige Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Energiegenossenschaften sind auf diese Weise schon entstanden.

richtung und Projektierung, so dass diese Einzelgenossenschaften z.B. sehr günstige Einkaufspreise zahlen.

Genossen, die ihr Geld in die Errichtung einer Fotovoltaik- oder Windkraftanlage investieren, erhalten ein CO₂-Sparbuch, in dem jedes Jahr vermerkt wird, wie viel CO₂ durch ihr Engagement eingespart worden ist.

Und die Rendite?

Die Rendite, die sie für ihr Investment erhalten, richtet sich nach dem jeweiligen Projekt. Gerade bei Projekten auf den Dächern von Kirchengemeinden oder Sportvereinen sind die Gesellschafter durchaus bereit, die Renditeerwartung herunterzuschrauben - zu Gunsten einer höheren Miete, die gegebenenfalls als kapitalisierter Einzelbetrag ausgezahlt wird. Dieses Geld kann dann Verwendung finden bei der Renovierung einer Orgel oder bei einer Investition im Sportverein.

Die Praxis hat die Tauglichkeit des Konzeptes in vielfacher Weise unter Beweis gestellt. Herausragendes Beispiel ist eine Tribünenüberdachung beim TSV Großbardorf. Der Sportverein hatte eigentlich kein Geld für eine solche Investition. 70 Gesellschafter haben sich mit jeweils 2000 € beteiligt, ihre Renditeerwartung auf 3 Prozent heruntergeschraubt und damit eine über 20 Jahre kapitalisierte und sofort ausgezahlte Miete in Höhe der notwendigen Investition für das Tribürendach ermöglicht: Win-Win im ländlichen Raum.

Auf vielen Dächern im Kreis Rhön-Grabfeld produzieren Fotovoltaik-Module nun Strom. Für Michael Diestel und die Agrokraft Grund genug, einen Vorstoß in neue Bereiche zu wagen: Ende 2010 haben sie gleich sechs Genossenschaften begleitet, die gemeinsam einen Windpark zwischen Streu und Saale bauen wollen. Ein weiterer, großer Schritt zur nachhaltigen Energieversorgung in der Region.

Die Idee Friedrich-Wilhelm Raiffeisens lässt sich natürlich auch in anderen Regionen umsetzen. Die Agrokraft ist gerne bereit, die Gründung von Energie-Genossenschaften auch außerhalb des Kreises Neustadt/Saale zu begleiten.

Nähere Informationen unter www.raiffeisen-energie-eg.de

Michael Diestel
Agrokraft GmbH



Photovoltaik-Anlage auf dem evangelischen Kindergarten Bad Neustadt

Foto: Agrokraft

dem „Vater“ des Genossenschaftsgedankens: „Was dem Einzelnen nicht möglich ist, das schaffen viele.“

Energiewende im Kreis Rhön-Grabfeld

Michael Diestel, der Geschäftsführer des Bauernverbandes im Kreis Rhön-Grabfeld, wurde auf einer Tagung des Synodalen Fritz Schroth, ehemaliger Leiter des Tagungshauses Hohe Rhön, auf diese Idee aufmerksam. Er und einige andere haben sich im Jahr 2008 diesen Gedanken Raiffeisens zu eigen gemacht, als es um die Frage ging, wie die Energiewende im Landkreis aussehen könnte. Wie kann vermieden werden, dass die Landwirte gutes Ackerland für Freiflächen-Fotovoltaik oder Mais für die Biogasanlage nutzen? Wie kann der Einstieg in die regenerative Energieerzeugung gelingen, ohne dass davon nur große Investoren profitieren? Wie können Menschen in der

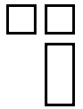
Das Kirchturmprinzip

Die Einzelgenossenschaft wird nämlich bewusst räumlich begrenzt gehalten. „Nach dem Kirchturmprinzip sollen sich zunächst all jene Menschen an dem Einzelprojekt beteiligen können, die an, um oder unter der Anlage leben, beten, arbeiten oder Sport treiben.“, sagt Michael Diestel. „Das schafft Identifikation. Und es hemmt den Neid, die Mutter aller verlorenen Projekte.“

Möglich sind diese kleinen Genossenschaften, weil die Agrokraft GmbH, eine Tochter des Bauernverbandes, die Genossenschaftsgründungen nach einem einheitlichen Konzept begleitet und die Genossenschaften nach der Gründung in der operativen Arbeit unterstützt. Das Know-How für die Betriebsführung der Anlagen ist bei der Agrokraft gebündelt. Sie hilft den Genossenschaften auch bei der Errichtung und

Lebensbäume für neue Lebensräume

Ein Reisebericht aus China



Natürlich könnte man in Frage stellen, ob eine Asienreise nachhaltig ist – bzw. ob man eine Diktatur durch einen Besuch indirekt oder direkt fördern soll, zumal – nach westlichen Gesichtspunkten – die Menschenrechte nicht immer nach unseren Maßstäben Anwendung finden. Aber China ist allemal eine Reise wert – sowohl für Kulturliebhaber als auch für Botaniker und Forstleute.

China hat in den letzten Jahren einen ähnlichen „Entwicklungs“-Schub erfahren wie Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges: durch die Olympischen Spiele hat sich speziell in Peking vieles geändert. Sehr viele alte Siedlungen im Stadtgebiet bestehen seit den Olympischen Spielen nicht mehr. Die bisherigen Anwohner wohnen jetzt 20 – 30 km außerhalb und können nicht mehr mit dem Fahrrad in die Arbeit fahren, sondern müssen das Auto nutzen. In der Innenstadt sind viele moderne Bauwerke entstanden. Die ganze Stadt wirkt sauber.

A propos sauber: Dem Smog begegnet man auf dem Pekinger Verwaltungsgebiet von 16.400 km² mit offiziell 18 Millionen Einwohnern mit einem restriktiven Verbot für Zweitakter. Alle motorisierten Zweiräder fahren daher mit Elektromotor – wie auch der Großteil der städtischen Oberleitungsbusse.

Im Übrigen hat China jüngst sowohl eine Arbeitslosen- und Krankenversicherung eingeführt. Auch mündliche freie Meinungsäußerungen sind meistens unbehelligt möglich, sofern sie eben nicht schriftlich erfolgen – womöglich noch im stark zensierten Internet. Dann bekommt man in der Regel sehr rasch die Staatsmacht in vollem Umfang zu spüren. Umgekehrt gehen bei einer Ein-Parteien-Regierung aber auch positive Entwicklungen für unser Verständnis ungewöhnlich schnell vorstatten.

Jetzt aber Politik beiseite und zu den wichtigsten Eckpunkten der zweiten Chinareise des Bundes Deutscher Forstleute im November 2010.

Bei der Fahrt vom Flughafen fielen die Pappeln auf, die plantagenartig entlang der Straßen auf Grünstreifen von 20 – 150 m Breite stehen und Kurzumtriebscharakter haben. Im Kernbereich Pekings sieht man hingegen überwiegend Fächerblattbäume (*Ginkgo biloba*) und Akazien – selten auch Robinien (*Robinia pseudacacia*).

Das Schöne an den Schloss- und Tempelanlagen Pekings sind aus forstlicher Sicht die vielen alten Bäume. Meist stehen in den dortigen Anlagen Morgenländische Lebensbäume (*Platycladus orientalis*, bei uns besser bekannt als *Thuja orientalis*), Chinesische Kiefer (*Pinus tabulaeformis*) und die platanenrindige Kiefer (*Pinus bungeana*), Chinesischer Wacholder (*Juniperus chinensis*) und Sadebaum (*Sabina chinensis*). Aber man sieht auch Khakibaum, Granatapfel sowie diverse Magnolien.

Bei Pappeln sind es meist Weißpappeln (*Populus tomentosa*), bei Eichen die sehr ähnliche Mongolische Eiche (*Quercus mongolica*) und Liaodong-Eiche (*Quercus wutaishanica*). Auch Weiden sieht man – meist *Salix matsudana*. Und nicht zu vergessen Zedern. Da auf den Straßen regelmäßig Maroni angeboten werden, müssten im Umland zudem auch viele Chinesische Kastanien (*Castanea mollissima*) zu finden sein, ebenso Weiße Maulbeere (*Morus alba*), da deren Blätter bei der Seidenherstellung als Nahrung für die Seidenraupen dienen.



Trittschäden von Touristen Foto: U. Kaller

Viele Bäume haben technische Sicherungen und die meist typischen Standortprobleme: neben reichlich Smog in Peking oft Bodenversiegelung – und zumindest in den meisten Landesteilen zu wenig Niederschlag. Zwar hat Peking einen durchschnittlichen jährlichen Niederschlag von 400 – 500 mm, der sich aber zum überwiegenden Teil auf August und September verteilt. Hinzu kommt, dass auf natürlichen Standorten oft nur eine Bodenschichtmächtigkeit von 15 – 40 cm herrscht.

Die natürlichen Waldgesellschaften Chinas sind im Gebirge die Laubmischwälder, wäh-

rend entlang der großen Flüsse eher die typischen Weiden und Pappeln der Weichholzlauen zu finden sind. Der Großteil Zentralchinas ist wegen der Wüste und Steppe weitgehend baumfrei. Hauptaugenmerk sind daher Pflanzungen von Gehölzstreifen entlang der Wüstengebiete, um einer weiteren Desertifikation möglichst vorzubeugen. Im Süden Chinas herrscht bei subtropischem Klima eine üppigere Vegetation, die wir aus Zeitgründen aber nicht persönlich sehen konnten.

Ein echtes Mammutprojekt ist die Aufforstung von 3000 Hektar Dornenwüste innerhalb von 6-8 Jahren. Hier hat u.a. auch die deutsche Regierung Mittel zur Verfügung gestellt. Zu den Pflanzarbeiten wurden v.a. Schulklassen und örtliche Betriebe verpflichtet. In den ersten vier Jahren wurden die Pflanzen im niederschlagsarmen Frühling jeweils drei Mal gewässert. Inzwischen ist der Baumbestand durchschnittlich 4-5 Meter hoch. Die Reinkultur aus Lebensbäumen (*Platycladus orientalis*) hat Vorwaldfunktion: Ein Wald, in dessen Schutz später die endgültigen Baumarten gepflanzt werden sollen.

Damit die Bäume zukünftig genügend Wasser haben, wurden alle paar Meter Z-Bäume ausgesucht. Diese wurden auf den unteren 2 Meter aufgeastet. Dies aber nicht um Wertholz zu erzielen (die Bäume werden später überwiegend als Brennholz dienen), sondern um den Stammfuß gut erreichen zu können: Um die Stammfüße der Bäume wurde der steinige Boden nämlich kuhlenartig ausgeformt – in der Hoffnung, dass sich das wenige Niederschlagswasser dort ein wenig sammelt. Auch diese Regenkuhlen müssen regelmäßig instand gesetzt werden. Dieses Aufforstungsprojekt in den Bergen ist letztlich eine Wiederaufforstung der Kahlschläge vor 500 Jahren, als für den Bau der Chinesischen Mauer(n) für das Brennen der Ziegel jede Menge Holzkohle benötigt wurde. Bis dahin waren dort Laubwälder aus Eichen, Eschen, Ahornen und Ulmen dominierend. Diese Baumarten sollen dann im Schutz des Vorwaldes in den nächsten 50 – 100 Jahren wieder angesiedelt werden.

Udo Kaller

Udo Kaller ist Umweltbeauftragter im Kirchenkreis Augsburg. Er gehört dem AK Dienstleistung Forst / Umwelt im Bund Deutscher Förster an. Er arbeitet als freiberuflicher Baumsachverständiger und Lehrbeauftragter für Baumsicherheit an der FH Weihenstephan.

Lernen aus der Krise

Wort der Landessynode zur Wirtschaftsethik

Mit Sorge nimmt die bayerische Landessynode zahlreiche Fehlentwicklungen in der deutschen Wirtschaft wahr. Bei ihrer Herbsttagung 2010 veröffentlichte sie ein Wort zur Wirtschaftsethik. Darin wird festgestellt: Die Ursachen der Finanzkrise seien bereits wieder in Vergessenheit geraten. Die Rechnung für die Krise hätten die Schwächsten der Gesellschaft zu zahlen. Die lebten mit hohem Armutsrisiko, denn befristete Arbeitsverhältnisse mit niedrigen Löhnen nähmen zu. Deshalb ruft die Landessynode die Politik dazu auf, die Soziale Marktwirtschaft weiter zu entwickeln: „Dazu braucht es auch einen neuen Begriff von Wachstum – nötig ist qualitatives, ökologisch verträgliches Wachstum. Maßstab der Politik müssen Gemeinwohl und gerechte Teilhabe aller sein. Die sozialen Sicherungssysteme müssen gerade jetzt ihrer Aufgabe gerecht werden, So-

lidarität zu gewährleisten.“ Auch Kirche und Diakonie nimmt das Kirchenparlament in die Pflicht. „Brich dem Hungrigen dein Brot, und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus!“ Dieses Jesaja-Wort sei angesichts der Folgen der Finanzkrise Trost und Auftrag in einem: „Trost, weil es uns als Christinnen und Christen Hoffnung für die Zukunft schenkt; Auftrag, weil es uns Orientierung für neues Denken und neues Handeln gibt.“ Denn um ihrer eigenen Glaubwürdigkeit willen, gehöre es zu den vorrangigen Aufgaben der Kirche, die Lebenswelt der Schwächsten wahrzunehmen und Brücken zum Wirtschaftsleben zu schlagen. Das kann bedeuten, Vermögen nachhaltig anzulegen, fair gehandelte und qualitativ nachhaltige Produkte zu kaufen oder mit Betriebsbesuchen verstärkt das Arbeitsleben in den Blick zu nehmen.

Susanne Götte



Schön und teuer - auch für ein Pfarrhaus wie das von Ermreuth muss die Gemeinde eine Sanierungsrücklage bilden.

Räume für die Zukunft

Welche kirchlichen Gebäude sind langfristig nötig und bezahlbar?

Mit einem neuen 40-seitigen Heft „Räume für die Zukunft“ will die Gemeindeabteilung im Landeskirchenamt die Kirchengemeinden unterstützen bei der Entscheidung, welche Gebäude mittel- und langfristig für die Gemeindegemeinschaft erforderlich und finanzierbar sind. Im landesweiten Projekt *Immobilienversicherung* sind in einem ersten Schritt die technischen Daten und der Zustand aller 6300 kirchengemeindlichen Gebäude (darunter 1532 Kirchengebäude) erfasst worden.

Im zweiten Schritt sind die Kirchenvorstände aufgerufen, für ihre Gemeinde ein Gebäudekonzept aufzustellen. Es berücksich-

tigt die längerfristige Gemeindeentwicklung und den daraus folgenden Raumbedarf, die Kosten für die bestehenden Gebäude und die künftige Finanzsituation der Gemeinde.

Angesichts des absehbaren demografischen Mitgliederrückgangs der bayerischen Landeskirche um 20 Prozent bis zum Jahr 2030 und dem damit verbundenen Rückgang der Kirchensteuermittel um 25 Prozent sei klar, so Oberkirchenrat Hans-Peter Hübner, „dass nicht alles so bleiben kann wie es ist und es sich historisch unter teilweise ganz anderen Rahmenbedingungen entwickelt hat“. Die Kirchenvorstände vor-

Ort könnten am besten entscheiden, wie der aktuelle Gebäudebestand und seine Nutzung optimiert und konzentriert werden könne, ob Kooperationen mit Nachbargemeinden sinnvoll oder gar eine Reduktion des Gebäudebestandes angezeigt seien.

Zwei strategische Grundentscheidungen habe die Kirchenleitung bereits getroffen, so Hübner. Die Kirchengebäude sollen in ihrem Bestand möglichst erhalten werden. Dazu haben die kirchenleitenden Organe den weiteren Ausbau eines Kirchensanierungsfonds in Aussicht genommen. Bei den Pfarrdienstwohnungen ist seit 2008 die Regelung in Kraft, wonach Gemeinden für Sanierungen eine jährliche Rücklage von 20 Euro pro Quadratmeter bilden. Kosten, die diese Rücklage übersteigen, werden aus landeskirchlichen Mitteln bezahlt.

Mit dem neuen Heft und sechs regionalen Informationsabenden unterstütze die Gemeindeabteilung die Entscheidungsfindung vor Ort „so gut wir können“, so Oberkirchenrat Hübner. Das Heft „Räume für die Zukunft“ wird allen Pfarrämtern und Dekanaten zugesandt. Gleichzeitig ist es digital abrufbar im Intranet der Landeskirche.

Informationen aus dem Landeskirchenrat
21.2.2011

Und ein Kommentar zu „Räume für die Zukunft“ von Wolfgang Schürger:

Wie viele Gebäude gibt es in der Landeskirche? Über Jahre war es fast unmöglich, diese Frage zu beantworten: So viele verschiedene Träger gab und gibt es, dass es eine Herkulesaufgabe war, sich allein einen Überblick zu verschaffen.

Die Fragen „Welche Gebäude brauchen wir zukünftig?“ und „Wie können wir sie langfristig erhalten?“ waren also überfällig. Die Gemeindeabteilung des Landeskirchenamtes hat ein Mammutprojekt zu bewältigen.

Die Gebäudeerfassung ist jetzt abgeschlossen, der Überblick liegt vor. Allerdings mit einem Schönheitsfehler: Es war in der ersten Runde nicht möglich, alle Verbrauchsdaten zu erfassen: zu unterschiedlich die Datenlage, zu unterschiedlich die Verantwortlichen. Nachhaltig wirksames Gebäudemanagement (und Umweltmanagement) braucht diese Daten. Sie sollen jetzt nach erfasst werden. Zuständig sind die jeweiligen Verwaltungsstellen – aber für Unterstützung durch die Umweltbeauftragten vor Ort sind diese sicher dankbar. Gehen Sie aufeinander zu!

Leben auf zu großem Fuß

„Fair Future – Der Ökologische Fußabdruck“ zu Gast in München

Die bundesweite Bildungskampagne *Multivision* „Fair Future – Der Ökologische Fußabdruck“ war am 22.2.2011 zu Gast in der Paul-Gerhardt-Kirche in München.

Gefördert u.a. vom Verein *Schöpfung bewahren konkret* e.V. nahmen ca. 600 Schülerinnen und Schüler der evangelischen Lukas-Haupt- und Realschule und der Maria-Ward-Realschule an dem Projekttag teil.

Was würde passieren, wenn alle 6,8 Milliarden Menschen auf der Erde so leben würden wie wir in Deutschland? Die Antwort: Wir bräuchten drei Planeten wie die Erde. Dabei ist ganz klar: „Die Menge an Natur, die uns zur Verfügung steht, ist leicht messbar: Ein verfügbarer, lebenshaltender Planet, exakt einer“, so Mathis Wackernagel, Begründer des Konzepts des Ökologischen Fußabdrucks.

Eine eindrucksvolle Multimediapräsentation vermittelte eingängig und anschaulich das Prinzip der Nachhaltigkeit. Was haben Dürren in Afrika oder Überschwem-

mungen in Indonesien mit mir zu tun? Der Projekttag griff nicht nur diese Frage auf und machte auf die globalen Auswirkungen des Klimawandels aufmerksam.

Multivision wendet sich gerade an die junge Generation, um deren Zukunft es geht. „Wir motivieren Jugendliche, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen, und unterstützen sie dabei, globale Zusammenhänge verstehen zu lernen“, betont Gisela Enders vom Vorstand der *Multivision*. „Jede und jeder kann mit Produkten, die ökologisch und fair produziert wurden, zu mehr Umweltschutz und Gerechtigkeit beitragen. Aber das allein genügt nicht. Wir müssen auch politisch Druck machen, um die Zukunft unseres Planeten zu sichern!“ Die *Multivision* „Fair Future – Der Ökologische Fußabdruck“ tourt drei Jahre lang durch ganz Deutschland. Sie besucht rund 1.000 Schulen und ermöglicht 500.000 Schülerinnen und Schülern die Diskussion darüber, wie wir die Welt gemeinsam nachhaltig und fair gestalten können.

Nicht selbstständig, aber in guten Händen

Die Bayerische Evangelische Umweltstiftung bleibt eine Tochter des Vereins

Die Bayerische Evangelische Umweltstiftung ist am 24. 10. 2004 als nichtselbstständige und damit nicht rechtsfähige kirchliche Stiftung errichtet worden, die der Verein Schöpfung bewahren konkret verwaltet. In seiner Satzung war festgelegt worden, dass sich die Stiftung in eine selbstständige, rechtsfähige Stiftung umwandeln muss, wenn das Stiftungskapital 50.000 Euro erreicht haben wird. Dies war im Jahr 2009 schon der Fall. Wir gingen daran, eine neue Satzung zu formulieren und haben sie auch schon diskutiert.

Dabei stellte sich aber die Frage, ob die neue Rechtsform eigentlich Vorteile bringt. Die Einschätzung des Stiftungsbeirats war: Sie bringt keine Vorteile, stattdessen aber eine Reihe von Nachteilen: Neue Gremien müssten gebildet werden. Findet man Leute dafür? Die Verwaltung der Stiftung, Reisetätigkeit, Öffentlichkeitsarbeit usw., würden die Stiftung finanziell und perso-

nell belasten. Wir fragten bei der Stiftungsaufsicht nach, ob die Verpflichtung zur Selbstständig-Werdung geändert werden könnte – und die Antwort war ja. So wurde ein neuer Satzungstext formuliert, in dem die Bestimmung des § 7 geändert wurde. Sie heißt jetzt:

„Der Vorstand des Vereins „Schöpfung bewahren konkret“ kann auf Antrag der Stiftungsverwaltung oder des Beirats durch die Landeskirchenstelle Ansbach eine rechtsfähige Stiftung errichten lassen.“

Nachdem die Rechtsfragen jetzt geklärt sind, kann die Stiftung wieder an ihre eigentliche Arbeit gehen, nämlich Geld sammeln und Geld im Sinne des Stiftungszwecks ausgeben. Dazu werden neue Werbematerialien erstellt und der Internet-Auftritt aufpoliert.

Im sog. Kollektenkatalog der Landeskirche wird die Stiftung unter den Wahlkollekten aufgeführt. Nicht wenige Kirchenvorstän-



Wozu ist die Umweltstiftung da?

Zweck der Stiftung ist es, das Bewusstsein für die Bewahrung der Schöpfung in der Kirche zu stärken und die Umweltarbeit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern zu fördern und zu unterstützen. Insbesondere wird der Stiftungszweck verwirklicht durch Zuwendungen zugunsten

- der Entwicklung und Verbreitung zukunftsfähiger christlicher Lebensstile,
- von Maßnahmen der ökologischen Bildung und schöpfungstheologischer Vertiefung,
- des Angebotes der kirchlichen Umweltberatung,
- des Einsatzes erneuerbarer Energien und energieeffizienter Techniken,
- der Förderung von Naturschutz und Landschaftspflege sowie des Arten- und Biotopschutzes und
- einer angemessenen personellen Ausstattung der evangelischen Umweltarbeit.

de nehmen die Stiftung deshalb in ihren Kollektenplan auf.

Die Erträge daraus und gelegentliche kleinere Zustiftungen haben den Kapitalgrundstock inzwischen auf 80.000 Euro ansteigen lassen. Das teilte der Vorsitzende Gerhard Monninger der Mitgliederversammlung des Vereins am 25. März 2011 mit.

Die Kapitalerträge, von denen ein Teil zu Förderzwecken verwendet wird, sind infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise ziemlich bescheiden ausgefallen. Der Haushaltsplan für 2011 sieht jedoch eine Summe von 1000 Euro vor, die ausgeschüttet werden können. mo

Kontakt zur Umweltstiftung

Pfarrer i.R. Gerhard Monninger
Buttermelcherstraße 19
80469 München
Tel.: 089 88983534
gerhardmonninger@web.de

Sie machen mit beim Grünen Gockel

Seit dem 8. November 2010 sind neu hinzugekommen:

Kirchenkreis München

KG Holzkirchen

Kirchenkreis Nürnberg

KG St. Jobst Nürnberg

KG Heroldsberg

KG Unterreichenbach

KG Uttenreuth

KG Ammerndorf

Werke und Dienste - Einrichtungen

Familienerholungs- und
Tagungsstätte Sulzbürg



Feierlicher Abschluss des ersten Auditorenkurses in München St. Martin am 26. Februar. Acht Frauen und elf Männer erhielten aus der Hand des Landesbischofs Dr. Johannes Friedrich die Urkunde, die sie berechtigt, Kirchengemeinden beim Umweltmanagement Grüner Gockel anzuleiten. Vorausgegangen war eine Ausbildung von insgesamt neun Schulungstagen und ein abschließendes Kolloquium, bei dem die „Umweltmanager“ ihre Kenntnisse unter Beweis stellen mussten.

Für die Umweltarbeit in der Gemeinde

Lost Paradise – 25 Jahre nach Tschernobyl

Dokumentarfilm von Sebastian Heinzl
Filmakademie Baden-Württemberg/
Essence Film 2008, 62 Min.

Olga war acht Jahre alt, als der Unglücksreaktor in Tschernobyl in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft explodierte. Sebastian war auch acht Jahre alt und durfte im Garten keine Gänseblümchen mehr essen. Sebastian will dokumentieren, wie Menschen wie Olga nach der Katastrophe leben. Sein Film ist eine einfühlsame Annäherung an Olga, ihre Mutter und Ivan, Olgas brasilianischen Ehemann. Er begleitet Olga und Ivan – nach Brasilien, aber auch nach Pripjat, der Stadt in der Todeszone des Reaktors.

„Lass' uns nach vorne schauen und die guten Dinge bewahren“ – dieser Satz des Brasilianers Ivan bekommt im Anblick des zerstörten Reaktors eine tiefe Bedeutung...

www.lostparadise-themovie.com,

ausleihbar im Büro des Beauftragten für Umwelt- und Klimaverantwortung, Tel.: 089 5595 611

Impressum:

Das Umweltmagazin berichtet drei bis vier Mal pro Jahr über die Umwelt- und Klimaarbeit in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern.

Auflage: 2.800 (print) und 900 (elektronisch).

Redaktion: Dr. Wolfgang Schürger (V.i.S.d.P.), Susanne Götte, Gerhard Monninger.

Marsstraße 19, 80335 München,

E-Mail: Umwelt@elkb.de.

Druck: P&P Printmanagement 96170 Trabelsdorf

Papier: INAPA Bavaria matt fein holzhaltig
Recycling

Endlich: Klimacheck Sparflamme in trockenen Tüchern

Es gab sie schon vor ein paar Jahren, die kleine Schwester des Umweltmanagements: das Projekt *Sparflamme*. Vorübergehend war es in der Versenkung verschwunden, aber nun stehen die neuen Rahmenbedingungen fest und es kann wieder losgehen. Die finanzielle Förderung durch das Immobiliensicherungsprojekt der Landeskirche und das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit ist gesichert, die Arbeitsstelle Klimacheck und Umweltmanagement übernimmt die Abwicklung.

Viele Kirchengemeinden fragen sich, wie sie in Zukunft ihre Gebäudekosten finanzieren. Nicht alle können sofort in Gebäudesanierung investieren. Der Klimacheck *Sparflamme* zeigt, wie mit wenig Mühe und geringen Mitteln energetische Schwachstellen im Gebäude beseitigt werden können. Heiz- und Energiekosten lassen sich so um bis zu 25 Prozent senken.

Wenn eine Gemeinde sich zur Teilnahme an der Sparflamme entschließt, ist der erste Schritt die Bildung eines Energieteams. Für diese Teams bietet die Arbeitsstelle *Umweltmanagement und Klimacheck* eine Schulung an. Das Energieteam erfasst dann den Energiebedarf der Gebäude innerhalb einer Heizperiode und bewertet ihn. Das führt schnell zu Vorschlägen zur Energieeinsparung, die schnell umsetzbar

sind und nur wenig oder gar nichts kosten. Fachberater unterstützen das Energieteam z.B. durch thermographische Aufnahmen oder technische Begehungen.

Am Ende steht die Formulierung eines einfachen, aber wirksamen Klimaschutzprogramms, das der Kirchenvorstand in Kraft setzt. In seinem Zentrum stehen sog. nicht- oder geringinvestiven Maßnahmen. Die Kosten, die auf die Gemeinde zukommen, sind dank der Fördermittel ziemlich niedrig: Die Grundpauschale beträgt 200 Euro, für Thermographie kommen pro Aufnahme incl. Auswertung noch 50 Euro dazu. Beim Klimacheck Sparflamme können bis zu 100 Kirchengemeinden mitmachen. So weit reichen die zugesagten Fördermittel



Die Arbeitsstelle *Klimacheck und Umweltmanagement* schreibt zunächst die Kirchengemeinden an, die über energetisch schlechte Gebäude verfügen. Danach steht das Projekt allen Gemeinden offen. Freilich sollte man sich möglichst schnell bewerben (Adresse Seite 15). Weitere Informationen unter

www.umwelt-evangelisch.de

Menschen aufklären, wie sie für dumm verkauft werden

Der Baubiologe und Umweltbeauftragte Karl-Heinz Ursprung im Gespräch

Ein neues Gesicht in der Kirchlichen Umweltkonferenz (KUK): Karl-Heinz Ursprung, 58 Jahre, verheiratet, zwei Kinder. Er lebt in Waldbüttelbrunn im Westen von Würzburg, wo er eine Firma für baubiologischen Fachhandel betreibt. In seiner Kirchengemeinde ist er aktiv im Bauausschuss und als Umweltbeauftragter.

Herr Ursprung, die Baubiologie ist ein noch junger Zweig im Bereich von Bauen und Wohnen. Wie kamen Sie dazu?

Seit meiner Kindheit bin ich am liebsten in der unberührten Natur, die es fast nicht mehr gibt. Die Äcker um Waldbüttelbrunn empfinde ich als Wüsten. Schon mit 16 Jahren sah ich die Natur als Opfer in dem Krieg der Menschen gegen sie. Ich fühlte mich zu den Tieren näher hingezogen als zu den Menschen.

Meine Anfänge in der Baubiologie waren 1979, als ich mit meiner Frau unser Nest baute und dazu alte Möbel kaufte und mit Naturölen und -wachsen behandelte. 1984 kam der Umbau eines alten Hauses dazu, den wir nach damaligem Wissensstand baubiologisch ausführten. Das war schwierig, weil ich meine Frau überzeugen und mich gegen die Verwandtschaft durchsetzen musste. Ich war ja nicht vom Fach. Als die Kinder zur Welt kamen, wurde ich mit Macht auf das Thema Allergien gestoßen. Wir waren so betroffen davon, dass ich mich damit sehr gründlich auseinandersetzte. So wurde ‚auch‘ die Ernährung zu meinem Spezialthema und es kam die Idee, ein baubiologisches Beratungsbüro zu eröffnen. 1990, nach meiner Gesundheitsberaterausbildung, setzte ich das in die Tat um. Alles was bei Wohnraumausstattung mit Gesundheit und Ökologie zu tun hat, war für mich interessant. Ich wollte meine Mitmenschen darüber aufklären, wie sehr sie von der Industrie für dumm verkauft werden. Damit ich auch auf diesem Gebiet ein Zeugnis meiner Qualifikation vorlegen konnte, machte ich die Ausbildung am Institut für Baubiologie in Neubuern.

Wer kommt zu Ihnen in den Laden?

Meine Kunden sind junge Familien mit dem Erlebnis der Geburt ihres ersten Kindes und immer mehr kranke Menschen. Mittlerweile haben ja auch einige Ärzte was kapiert. Sie können erst dann Menschen erfolgreich behandeln und entgiften, wenn diese ihre Wohnung saniert haben.

Wie sind Sie überhaupt auf das Thema Umwelt gestoßen? Gab es dafür bestimmte prägende Einflüsse?

Ausschlaggebend war für mich das Buch „Grenzen des Wachstums“, das ich mit 22 Jahren gelesen habe. Albert Schweitzer hat mich sehr beeinflusst. In Waldbüttelbrunn wurde ich zuerst als Körnerfresser und grüner Hund betitelt, verlacht und nicht ernstgenommen. Als grüner Sympathisant war ich ab der Gründungszeit der Grünen in Würzburg bei Treffen dabei, habe allerdings keine Funktionen übernommen.



Baubiologe Karl-Heinz Ursprung

Wie haben Sie Kontakt zur Kirchlichen Umweltaarbeit bekommen? Überzeugt Sie das Engagement der Kirche?

In die evangelische Kirche kam ich – Katholik und Kritiker kirchlicher Institutionen – durch meine evangelische Frau über einen Glaubenskurs. Mein Lebensstil und mein unternehmerisches Engagement wurden einigen bekannt und so wurde ich gefragt, ob ich Umweltbeauftragter werden wolle. Man hat halt jemanden gebraucht, um sagen zu können, ja wir haben einen. Ich war dann überrascht, als ich nach und nach erfuhr, wie viele Menschen sich da engagieren. Das Gros der Christen kann freilich mit der Umweltaarbeit wenig anfangen. Meine erste große Niederlage war mein Bestreben, eine Photovoltaikanlage auf einem Gemeindegebäude zu installieren. Die Widerstände waren zu groß. Ich wollte dann über das Sparflammen-Projekt das Kindergartengebäude unter die Lupe nehmen.

Doch da kam die Erweiterung des Kigas durch den Anbau einer Kinderkrippe. Ich war über ein Jahr stark engagiert und konnte viele baubiologischen Kriterien durchsetzen. Eine Pelletsheizung kam dazu, die jetzt nicht nur den Kindergarten, sondern auch das Pfarrhaus und den Gemeindesaal beheizt.

Ich konnte auch den Geschäftsführer des Kirchengemeindeamts Würzburg, Herrn Barthel, von meinem Engagement überzeugen. Er macht halt Kompromisse aus wirtschaftlichen Gründen, aber es habe bei ihm „Klick“ gemacht, sagte er zu mir.

Hat Ihr Engagement für Umwelt und Nachhaltigkeit auch etwas mit Glaubensüberzeugungen zu tun?

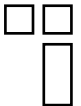
Ja, ich glaube, dass es Christenpflicht ist, seinen Lebensstil auf die Auswirkungen auf Ökologie und Menschen in der Dritten Welt zu überprüfen und Schritt für Schritt kurzfristig umzustellen. Ich halte es tatsächlich für Sünde, wenn man die ökologischen Konsequenzen seines Handelns nicht beachtet.

Was ist Ihr wichtigster Antrieb, sich für Umwelt und Nachhaltigkeit einzusetzen?

Ich war unlängst auf einer Tagung in Tutzing, bei der es um die Theologie der Schöpfung ging. Da ist bei mir der Eindruck entstanden, daß es den wissenschaftlichen Theologen schwerfällt, das Umweltengagement biblisch zu begründen. Das habe ich noch nicht verdaut. Ich habe Bedarf nach Ermutigung und Stärkung, sonst fällt es mir schwer, mit Christen, die das anders sehen, zu diskutieren. Für mich ist klar, dass die Schöpfung gut ist so wie sie ist, und dass wir Menschen uns nicht anmaßen dürfen, da so stark einzugreifen, wie z.B. bei der Gentechnik und so viel aufs Spiel zu setzen, wie bei der Atomkraft. Ich möchte bewahren, was sich so lange als gut funktionierend gezeigt hat. Es ist für mich ein Beweis, dass Gott wirkt. Die Gesetze der Evolution gehören für mich dazu. Arten kommen und gehen. Aber die Vielfalt ist doch das Schöne. Ich kann auch nichts Gewalttätiges darin sehen, dass ein Löwe eine Antilope jagt und frisst. Das sind Gesetze, in die sich Tiere hineinfinden. Nur uns fällt das schwer.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte Gerhard Monninger



Meldungen aus der Umweltarbeit

Tierschutz auf dem Teller ausgezeichnet
Das Projekt *Tierschutz auf dem Teller*, seit 2006 ein Gemeinschaftsprojekt der Schweisfurth-Stiftung sowie der Umweltbeauftragten der katholischen und evangelischen Kirche Bayern, wurde vom Nachhaltigkeitsrat der Bundesregierung als sog. Werkstatt N-Projekt ausgezeichnet. Es wen-



det sich an kirchliche und karitative Einrichtungen, Tagungshäuser, sowie ausgewählte Restaurants und Hotels. Voraussetzungen zur Teilnahme sind:
Mindestens 60 Prozent der tierischen Erzeugnisse aus tiergerechter ökologischer Tierhaltung – keine tierquälerisch erzeugten Produkte – Bereitstellung vegetarischer Angebote. Denn Produkte aus tiergerechter, ökologischer Erzeugung sind qualitativ hochwertig, schonen Umwelt, Ressourcen und Klima und sind gesund und geschmacklich einwandfrei – Genuss mit gutem Gewissen. Teilnehmende Küchen werden im Rahmen des Projektes zertifiziert und bei einer Auftaktveranstaltung mit einer Urkunde und einer Tierschutzkochmütze ausgezeichnet.

Mehr als ein Kochbuch

Klimafreundlich einkaufen, kochen und genießen – darum geht es im Klimakochbuch, das von der Jugend des BUND herausgegeben wurde. Es enthält nicht nur 43 Rezepte, die Lust auf eine „klimacoole“ Küche machen. Während die Teltower Rübchen in der Suppe köcheln, kann man sich nebenbei über die Vorzüge von „vergessenen“ Gemüsesorten informieren oder Anregungen holen, wie sich der „Tatort Küche“ möglichst klimafreundlich einrichten lässt. Viele der Rezepte sind vegan. Mit der Saisontabelle im Anhang lässt sich zudem leicht herausfinden, welches Rezept zu welcher Jahreszeit passt. Auch Rezepte mit regionalem Bezug finden sich in diesem Buch. Egal ob Brandenburger Hefepfinsen oder Marillenknödel – die meisten Re-

zepte kommen ohne extravagante Zutaten aus und sind einfach nach zu kochen. (Hrsg.) BUNDjugend, Das Klimakochbuch, 12,95 Euro, 128 Seiten, KOSMOS-Verlag, ISBN: 978-3-440-11926-6 sg

Bekenntnis zum Schöpfergott muss Konsequenzen haben!

Wachgerüttelt durch den Klimawandel haben Christen in den vergangenen Jahren „wieder neu entdeckt, dass das Bekenntnis zu Gott unserem Schöpfer auch Konsequenzen dafür haben muss, wie wir mit seiner Schöpfung und unseren Mitgeschöpfen umgehen“, so Landesbischof Johannes Friedrich am 25. Februar in einem Gottesdienst zum Abschluss der Ausbildung von 19 Umweltauditorinnen und –auditoren in München. Die Absolventen erhielten nach erfolgreichem Abschlusskolloquium ihr Zertifikat aus der Hand des Landesbischofs. Die Auditoren hatten bereits während ihrer

Ausbildung Gemeinden bei der Einführung des „Grünen Gockels“ begleitet und stehen nun für weitere Einsätze zur Verfügung (siehe auch Seite 13).

Waldkulturerbe – Internationales Jahr der Wälder

Was wären Hänsel und Gretel oder Rotkäppchen ohne den Wald? Viele Geschichten ranken sich um den Wald. Was wäre Bayern ohne seine (Berg-)Wälder? Wie sähe unser Klima aus ohne den Wald? Wälder sind wichtige Orte der Natur, aber sie sind auch wichtige Teile unserer Kultur. Sie prägen Geschichte, sie prägen Mentalitäten, sie prägen unseren Alltag. Die Waldpädagogik gehört zu den ältesten Teilen der Umweltbildung. Das Internationale Jahr der Wälder soll den Menschen die Bedeutung des Waldes für unsere Kultur neu bewusst machen. Mehr Informationen unter www.wald2011.de.

Die örtlichen Ämter für Landwirtschaft und Forsten planen zum Teil umfangreiche Veranstaltungen und sind für Kooperationen zum Beispiel mit Kirchengemeinden dankbar.

ws

Evangelische Umwelt- und Klimaarbeit in Bayern

Internet: www.umwelt-evangelisch.de
Intranet: www.elkb.de/portale/beauftragte/216-411

Der Beauftragte für Umwelt- und Klimaverantwortung

Marsstraße 19 80335 München
umwelt@elkb.de Fax 089 5595 613
Beauftragter: Dr. Wolfgang Schürger ☎ 089 5595 612
Umweltpfarrer, Kirchenrat
Sekretariat: Hildegard Seichert ☎ 089 5595 611
Montag - Donnerstag 8.30 - 13.00 Uhr

Die Kirchliche Umweltkonferenz (KUK)

Sprecher: Werner Reuter wreuter@t-online.de
Trogerstr. 27 ☎ 089 4704 430
81675 München Fax 089 4709 321

Arbeitsstelle Klimacheck und Umweltmanagement

Marsstraße 19 80335 München
Bernd Brinkmann ☎ 089 5595 613
bernd.brinkmann@elkb.de Fax 089 5595 637
Dipl.Rel.Päd., Öko-Pädagoge, Umweltberater

Verein Schöpfung bewahren konkret e.V. und Die Bayerische Evangelische Umweltstiftung

Marsstr. 19 80335 München
schoepfung-bewahren-konkret@elkb.de
Vorsitzender: Gerhard Monninger ☎ 089 5595 611
Internet: www.schoepfung-bewahren-konkret.de

Die Kirchliche Umweltberatung (KUB)

Sprecher: Siegfried Fuchs siegfried-fuchs@gmx.de
Goethestraße 6 ☎ 09771 6355 335
97616 Bad Neustadt Fax 09771 6355 340

Umwelt- und Klimaarbeit jetzt mit interaktivem Webauftritt

Ob Großdemo in Libyen, Ägypten oder Berlin – zur Vorbereitung spielen die neuen Medien eine wichtige Rolle. Facebook, Twitter, aber auch das Web 2.0 leben von der schnellen Kommunikation miteinander.

Zumindest beim Webauftritt will die kirchliche Umwelt- und Klimaarbeit da nicht nachstehen: Die neue Website

www.umwelt-evangelisch.de bietet angemeldeten Usern aus dem Kreis der Umweltbeauftragten, Umweltberaterinnen oder Auditoren die Möglichkeit, schnell untereinander zu kommunizieren oder eigene Veranstaltungen oder Berichte online zu stellen. Für alle Besucherinnen und Besucher gibt es natürlich vielfältige Informationen zu Umwelt- und Klimafragen und der Umwelt- und Klimaarbeit der Landeskirche.

ws

**Evangelisches Bildungs- und
Tagungszentrum Alexandersbad**

Lebenswert und zukunftsfähig Gutes Klima für die Region

Ökologisches Seminar in Kooperation mit dem
Umweltreferat der Bayerischen Landeskirche

1. - 3. Juli 2011

Leitung:

**Heidi Sprügel und
Dr. Wolfgang Schürger**

mehr unter: www.ebz-alexandersbad.de

Anmeldung:
09232 9939-0

Bayerische Klimawoche vom **5.-12. Juni**

**Ein Gemeinschaftsprojekt der Bayerischen
Klima-Allianz unter Mitwirkung der
Teilnehmer im Umweltpakt Bayern und der
bayerischen Umweltstationen.**

Vielseitige und spannende Aktionen zum Klima-
schutz, von Ausstellungen, Vorträgen, Mitmach-
aktionen bis hin zu thematischen Gottesdiensten.
Auch kirchliche Einrichtungen sind eingeladen,
Ihre Aktionen rund um den Klimaschutz bei der
„Bayerischen Klimawoche 2011“ vorzustellen.
Mehr Informationen demnächst unter

www.klimawoche.bayern.de

Wir legen eine Streuobstwiese an

Wer ist wir?
Der Verein Schöpfung bewahren konkret

Wann?
Am Tag des Baumes, Ostermontag, 25. April

Wo?
Bei der Orchideenwiese bei Entenberg
nahe Hersbruck

Anmelden - Mitmachen
und den genauen Ablauf erfragen
bei Barbara Füchtbauer, Tel.: 09187 902679
oder E-Mail: Fuechtbauer@gmx.de

Regionaltreffen 2011 der Gemeindeumweltbeauftragten

KK Augsburg 17. September
KK Regensburg 12. November

Die Termine in den Kirchenkreisen Ansbach-Würzburg,
Bayreuth und Nürnberg sind auf der Website des
Beauftragten für Umwelt- und Klimaverantwortung
zu finden: www.umwelt-evangelisch.de

25 Jahre Alternatives Branchenbuch



Der Einkaufs-
Ratgeber
für einen gesunden,
genussvollen und
nachhaltigen
Lebensstil.

Adressen
Nachrichten
Surfs-Tipps
Buchempfehlungen
Produkt-Tipps
Online-Shops
Filmclips

Zu beziehen im Büro des Umweltbeauftragten zum Sonderpreis von
2,50 Euro. Tel.: 089 5595 611 oder umwelt@elkb.de

Boden -

Fundament des Lebens

Fortbildung für Lehrer und Lehrerinnen
sowie andere Multiplikatoren

20. - 22. Juli 2011

am GEO-Zentrum an der Kontinentalen Tiefbohrung
(KTB) in Windischeschenbach

Veranstalter: Bayerische Akademie für Naturschutz
und Landschaftspflege

Anmeldung unter anmeldung@anl.bayern.de.